

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

30. November 1951

Blatt 2112

Geehrte Redaktion!

=====

Wir erinnern daran, daß morgen, Samstag, den 1. Dezember, um 10 Uhr vormittag, die Zeitungen und Sender in der Direktion der Elektrizitätswerke über einen beabsichtigten Versuch eines gemeinsamen Inkassos des Elektrizitätswerkes und des Gaswerkes informiert werden. Im Anschluß daran werden im gleichen Gebäude die für dieses neue Inkasso angeschafften Power's Maschinen be-
sichtigt.

Ort der Zusammenkunft: Direktion des Elektrizitätswerkes, 9., Mariannengasse 4, 1. Stock, Direktions-sitzungs-saal.

Besichtigung des Jugendgästehauses der Stadt Wien

=====

30. November (Rath.Korr.) Die Volkshochschule Wien-West veranstaltet Sonntag, den 2. Dezember, einen kulturellen Spaziergang durch Pötzleinsdorf. Vorgesehen ist eine Besichtigung des Jugendgästehauses der Stadt Wien, des immergrünen Parkes, des Mautner Schlüssels und der Kirche verbunden mit einer künstlerischen Feierstunde. Führung: Prof.Dr. Ellenberger. Zusammenkunft: 15 Uhr bei der Endstation der Linie 41.

Änderung des Wasserversorgungsgesetzes
=====

30. November (Rath.Korr.) Das neue Landesgesetzblatt für Wien enthält das am 21. September 1951 beschlossene Gesetz über die Änderung des Wasserversorgungsgesetzes 1947. Die neuen Gebüh-
renvorschriften werden zum erstenmal auf die Gebührenbemessung für den vierten Verrechnungsabschnitt des Jahres 1951 angewendet.

Außerdem enthält das Landesgesetzblatt eine Kundmachung, betreffend die Festsetzung der ermäßigten Verpflegungsgebühren für Sozialversicherungsträger in den Wiener städtischen Kranken-
anstalten.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenver-
lag der Städtischen Hauptkasse, 1., Neues Rathaus, Stiege 7,
Halbstock, und im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei in
Wien, 3., Rennweg 12 a, erhältlich.

Guter Besuch der Tagesheimstätten für alte Leute
=====

30. November (Rath.Korr.) Die Gemeinde Wien hat am 12. No-
vember 41 Tagesheimstätten für alte Leute eröffnet. Diese soziale
Einrichtung erfreut sich einer stets steigenden Beliebtheit. Die
alten Leute haben dort die Möglichkeit sich von 13 bis 19 Uhr in
gut geheizten Räumen aufzuhalten. Es stehen ihnen auch Zeitungen
und verschiedene Gesellschaftsspiele zur Verfügung. Die Gemeinde
gibt auch jedem einzelnen Besucher täglich eine Schale Milchkaffee.
Für gesellige Unterhaltung sorgt vor allem das Jugend-Rot-Kreuz;
es werden aber auch öfters künstlerische Veranstaltungen abgehal-
ten.

In einer Versammlung von Fürsorgeräten teilte Vizebürger-
meister Honay mit, daß in der ersten Woche trotz der verhältnis-
mäßig warmen Witterung die Tagesheimstätten außergewöhnlich gut
besucht wurden. Den stärksten Besuch weist die Tagesheimstätte
in Schwechat auf. Sie wurde in der ersten Betriebswoche von 153
Männer und Frauen frequentiert. An zweiter Stelle steht die Heim-
stätte in Fünfhaus (Nobilegasse) mit 142 Besuchern, an dritter
Stelle Margareten (Kohlgasse) mit 139 Besuchern, an vierter Stelle

Wieden (Favoritenstraße) mit 111 Besuchern und an fünfter Stelle Meidling (Koflergasse) mit 110 Besuchern. Aber auch die übrigen Heimstätten wurden durchschnittlich von 33 bis 93 Personen besucht. Es ist in der ersten Woche eine Gesamtbesucherzahl von 15.731 gegenüber 12.289 in der ersten Betriebswoche des vergangenen Jahres festzustellen. Diese Zahlen beweisen, daß diese soziale Einrichtung außerordentlich wichtig ist, da sie den alten Leuten eine willkommene Abwechslung in ihrem meist einförmigen Dasein bietet.

Vizebürgermeister Honay hob besonders hervor, daß zu den Betriebskosten, die sich in einer ungefähr fünfmonatlichen Betriebszeit auf 500.000 Schilling belaufen, das Sozialministerium einen Zuschuß leistet.

Institut für Wissenschaft und Kunst
=====

Wien 7., Museumstraße 5

Vorträge in der Woche vom 3. bis 8. Dezember

30. November (Rath.Korr.)

Mittwoch, 5. Dezember, 18.30 Uhr, Univ.Doiz.Dr. L.Schmetterer:
Wahrscheinlichkeit und Wirklichkeit.

Mittwoch, 5. Dezember, 20 Uhr, Dr. Friederike Manner:
Karl Kraus.

Donnerstag, 6. Dezember, 18.30 Uhr, Univ.Prof.Dr. Rudolf Kriss
(München): Volkskundlicher Streifzug durch Spanien.

Freitag, 7. Dezember, 18.30 Uhr, Martina Wied:
Repräsentanten des katholischen Romans.

7 Wohnungen und 1 Villa von den Russen freigegeben
=====

30. November (Rath.Korr.) Wie der sowjetische Stadtkommandant Garde-Generalmajor Borejko in einem Schreiben an Bürgermeister Jonas mitteilte, wurden auf Grund eines Beschlusses des Hochkommissars der UdSSR in Österreich im 2. und 10. Bezirk insgesamt 7 Wohnungen und 1 Villa freigegeben.

Konzertveranstaltungen in der Woche vom 3. bis 9. Dezember
 =====

30. November (Rath.Korr.)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 3. Dez.	Mozartsaal (KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 2.Aband im Zyklus "Musica viva"; Boskowsky-Quartett
	Schubertsaal (KH) 19.30	Liederabend Dr. Ernst Fritsch
	Musikakademie Vortragssaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: Vortrag Dr. Hans Sittner: Eindrücke an höheren amerikanischen Musik- und Tanzschulen (mit Lichtbildern und Schallplatten)
Dienstag 4. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 3.Konzert im Zyklus "Die große Sym- phonie" (Voraufführung für "Musika- lische Jugend")
	Brahmssaal (MV) 19.30	Klavierabend Frank Glazer
	Mozartsaal (KH) 19.30	Orchesterkonzert des Arbeiter-Sym- phonie-Orchesters
	Schubertsaal (KH) 19.30	Sonatenabend Gil Neufeld (Violine) - Kitty Tschirren (Klavier)
Mittwoch 5. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 3.Konzert im Zyklus "Die große Sym- phonie" (Wr. Symphoniker, Dirigent Paul Klecki)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: Trio di Trieste
	Evang.Pfarrkirche Gumpendorf 19.30	Akademie für Musik u.d.K.: Mozart-Requiem (Akademie-Chor, Aka- demie-Orchester, Dirigent Ferdinand Grossmann)
Donnerstag 6. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 3.Konzert im Zyklus "Die große Sym- phonie" (Wr. Symphoniker, Dirigent Paul Klecki)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Konzert der Konzertvereinigung blinder Künstler
	Konservatorium der Stadt Wien 19.00 (Zi.22)	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Prof. André Espiau de la Maestre: "Kammermusik in Frankreich" (von Couperin bis Milhaud)
	Volksbildungshaus Alsergrund 18.00	Verband Wiener Volksbildung: Prof. Karl Hudez: Johann Sebastian Bach - "Die Kunst der Fuge"

- Freitag
7. Dez. Gr.M.V.Saal 20.00 Gesellschaft der Musikfreunde:
3.Konzert im Zyklus "Die große Symphonie" (Wiederholung für den Österr. Gewerkschaftsbund)
- Schubertsaal 19.30 Klavierabend Carmen Adnet
- Konservatorium der Stadt Wien: Kammermusik für Flöte und Klavier;
Konzertsaal Helmut Rießberger (Flöte), Lotte Rießberger (Klavier); Werke von Telemann, Bach, Debussy, Honegger, Roussel, Cdsella
19.00
- Samstag
8. Dez. Gr.M.V.Saal 15.00 Gesellschaft der Musikfreunde:
3.Konzert im Karajan-Zyklus (Wiener Symphoniker, Dirigent Herbert v. Karajan)
- Brahmssaal (MV) 19.30 Akademie für Musik u.d.K.:
Freisträgerkonzert der beim Internat. Wettbewerb in Genf 1951 ausgezeichneten Studierenden der Akademie für Musik
- Schubertsaal (KH) 19.30 Chorkonzert des kaufmännischen Sängerkhores "Engelsbergbund"
- Volkshochschule Wien Volksheim 18.00 Verband Wiener Volksbildung:
Prof.Dr. Paul Josef Frankl: "Gedicht und Vertonung (Gedichte von Goethe und Mörike in der Vertonung von Schubert und Wolf)
- Sonntag
9. Dez. Gr.M.V.Saal 11.00 Gesellschaft der Musikfreunde:
5.Konzert im Karajan-Zyklus (Wiener Symphoniker, Dirigent Herbert v. Karajan)
- Gr.M.V.Saal 16.00 N.Ö. Tonkünstlerorchester:
Sonntag-Nachmittags-Konzert,
Dirigent Gottfried Preinfalk
- Gr.M.V.Saal 19.30 Chorkonzert des Neubauer Männergesangsvereins
- Gr.K.H.Saal 19.00 Bachgemeinde Wien:
Weihnachts-Oratorium
- Volksbildungshaus Alsergrund 15.30 Verband Wiener Volksbildung:
Szenische Darstellung des Märchenspiels "Hänsel und Gretel" von Engelbert Humperdinck (Leitung Kurt Wiesend und Rudolf Güde)
- Volkshochschule Wien Volksheim 19.00 Verband Wiener Volksbildung:
Studioaufführung der Oper "Tosca" von G.Puccini (Leitung Prof.E.Gundacker)

Gehrte Redaktion!

=====

Der in der Schweiz umgebaute Gefäßliftwagen, den die Stadt Wien zur Rationalisierung der Müllabfuhr versuchsweise bestellt hat, ist vor einigen Tagen eingetroffen. Seine Arbeitsweise wird Dienstag, den 4. Dezember, den Vertretern der Presse vorgeführt werden. Stadtrat Dr. Robetschek wird dabei die entsprechenden Erläuterungen geben. Treffpunkt: 10 Uhr vormittag, Rathaus, 5. Stiege, 1. Stock, Sektionszimmer 1 (in der Nähe der Räume der "Rathaus-Korrespondenz").

Sie werden eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

30. November (Rath.Korr.) Heute vormittag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zu einer Geschäftssitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen 80 Geschäftsstücke. Unter den entschuldigten Gemeinderäten befand sich auch Gemeinderat Guger. Vor Eingang in die Tagesordnung brachte der Bürgermeister eine Reihe von Anträgen und Anfragen zur Kenntnis:

Die WdU stellte einen Antrag, beim Verfassungsgerichtshof zu beantragen, den Gemeinderäten Dipl.Ing. Keller und Ing. Pirker das Gemeinderatsmandat abzuerkennen, einen Antrag auf Betrauung der Stadtbahnkassen mit dem Verkauf von Wochenkarten insbesondere auch an Sonn- und Feiertagen, einen Antrag auf Ergänzung und strengste Handhabung der Gemeinderatsbeschlüsse betreffend die Erhaltung der Grünflächen in den inneren Wiener Bezirken, einen Antrag auf Vermehrung der Sitzbänke und Abfallkörbe in den städtischen Friedhöfen.

Die Anträge des Linksblockes betreffen zusätzliche Auszahlung an die Befürsorgten in der geschlossenen Fürsorge aus Anlaß des Weihnachtsfestes und Erhöhung der Hand- und Taschengelder und der sonstigen Pfléglingentschädigungen, ferner eine Überbrückungshilfe und Weihnachtzuwendung für die Dauerbefürsorgten. Weitere Anträge des Linksblockes betreffen die Wiedererrichtung der Autobuslinie 31 und die Kündigung von Ernteländlern und Siedlern auf dem sogenannten Bruckhaufen. Eine Anfrage des Linksblockes behan-

delt "Bau und Errichtung militärischer Flugplätze in Wien durch die englische und amerikanische Besatzungsmacht". Verlesung und Besprechung dieser Anfrage werden verlangt. Auch für eine Anfrage betreffend "Erhöhung der Mietzinse in den Gemeindebauten" wird Verlesung und Besprechung verlangt. Eine weitere Anfrage betrifft "Preistreiberei mit Schweinefleisch und Erdäpfeln"; wieder wird Verlesung und Besprechung verlangt.

Von der ÖVP wurde eine Anfrage betreffend "Verteilung von Einladungen zum Besuch einer Veranstaltung der Kinderfreunde durch den Schulwart der Volksschule Leopoldauer Platz 77" gestellt und Verlesung und Besprechung verlangt. Eine andere Anfrage regt die Abgabe von Säuglingswäschepaketen an Volksdeutsche an, auch hier wird die dringliche Behandlung verlangt.

Schließlich lagen vom WdU eine Anfrage betreffend "die Gründe für die Nichtverwendung von Schaffnerinnen in den Vorverkaufsstellen der Verkehrsbetriebe und zum Kartenmarkierungsdienst in den Stadtbahnhaltestellen vor, ferner eine Anfrage betreffend die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung in der städtischen Amtsstelle 16., Thaliastraße, am Samstag nachmittags und eine Anfrage betreffend die Gründe und Folgen der Entfernung bzw. Verminderung der Gepäckträger in den Straßenbahnwagen.

Eine Anfrage des Linksblockes beschäftigt sich mit der Unterstützung der Forderungen der ehemals politisch Verfolgten nach einer angemessenen Entschädigung für die erlittenen Schäden.

Als letzte wurde von der ÖVP eine Anfrage betreffend "Nichtübersendung eines Berichtes an den Kongreß der Organisation Mondial pour l'Education Prescolaire" eingebracht und die dringliche Behandlung verlangt.

Über alle dringlichen Anfragen wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt.

An Stelle von Dkfm. Dr. Hohl, der sein Mandat zurückgelegt hat, wurde von der Österreichischen Volkspartei Dr. Fiedler als Gemeinderat vorgeschlagen. Auf Aufforderung des Vorsitzenden leistete Dr. Fiedler das Gelöbnis. Im Anschluß daran wurde GR. Dr. Fiedler zum Mitglied des Finanzausschusses gewählt und GR. Franz Doppler zum Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Personalangelegenheiten sowie der Gemeinderätlichen Personalkommission.

Als nächster Punkt der Tagesordnung wurden die Wahlen der

Vertrauensmänner und Ersatzmänner der Wiener Gemeindevermittlungsämter vorgenommen. Für jedes Gemeindevermittlungsamt wurden unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl und des Gebietsumfanges der einzelnen Gebiete mindestens 3 Vertrauensmänner und Ersatzmänner bestimmt.

GR. Fürstenhofer (SPÖ) referiert hierauf über die teilweise Aufhebung der Bausperre und Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen der Waggrämer Straße, Erzherzog Karl-Straße, Argonautenstraße und An der unteren Alten Donau in Kagran im 21. Bezirk. Er weist darauf hin, daß diese Fläche vom Regattaveroin zu einer Ruderanlage, auf der auch internationale Wettkämpfe durchgeführt werden können, mit Zuschauertribünen usw., ausgebaut werden soll.

GR. Hausner (LBl.) betont, daß diese Anlage des Regattaveroin tatsächlich schon errichtet sei und daß der Gemeinderat mit seiner Beschlußfassung nachhinke.

Der Antrag des Berichterstatters wird angenommen.

Auch über die Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Grinzinger Straße, Heiligenstädter Straße und Schulweg in Heiligenstadt im 19. Bezirk erstattet GR. Fürstenhofer den Bericht. Ein Teil dieses Gebietes soll weiterhin die Widmung "Grünland" beibehalten, es wird jedoch an Stelle von "Wald- und Wiesengürtel" als "öffentliches Erholungsgebiet" mit Spielplätzen und Badeanlagen für Kinder festgelegt. Der übrige Teil des Grünlandes soll als Kleingartengebiet erklärt werden. Die Kleingärtner haben auf dem Gebiet der seinerzeitigen Ziegelei durch ihre Arbeit und die Pflanzung von Obstbäumen eine begrüßungswerte Änderung des bisherigen Landschaftsbildes herbeigeführt.

GR. Dipl. Ing. Rieger (ÖVP) beantragt die Rückverweisung dieses Geschäftsstückes an den zuständigen Ausschuß, da nach seiner Meinung diese Frage noch nicht beschlußreif sei. Die Schaffung von Erholungsstätten für die massierte Bevölkerung dieses Gebietes sei zu begrüßen, die Dauerwidmung dieser Fläche für Kleingärten sei hier aber nicht die richtige Lösung. Man solle vielmehr trachten, im Rahmen einer Genossenschaft oder mit Hilfe der Gemeinde hier Dauersiedlungen zu errichten. Eine falsche Flächenwidmung habe die Stadtplanung schon oft vor große Schwierigkeiten gestellt.

In seinem Schlußwort verweist GR. Fürstenhofer darauf, daß

nur an eine zeitweilige Nutzung dieser Fläche als Kleingarten-
gebiet gedacht sei, von einer Dauerkleingartenanlage an dieser
Straße sei nicht die Rede. Der Bau von Genossenschaftssiedlungen
sei dort so gut wie unmöglich, weil allein die Fundierungskosten
höher zu stehen kämen als die Baukosten der Häuser. Es müsse hier
abgewartet werden, bis die Grundfestigkeit zugenommen hat, dann
könne man dort nicht nur einige Siedlungshäuser, sondern Gemein-
dewohnungen für hunderte Familien schaffen. (Beifall bei den So-
zialisten.)

Der Antrag des Berichterstatters wird angenommen, der Rück-
verweisungsantrag des Ing. Rieger abgelehnt.

GR. Pfoch (SPÖ) berichtet über einen Vergleich der Gemeinde
Wien mit den Rückstellungswerbern an der Liegenschaft Schotten-
feldgasse 21. Dieses Haus, das Juden gehört hatte, wurde 1939 von
der Gemeinde Wien um 67.000 RM angekauft. 64.000 RM waren als
Hypothekarschulden vorgemerkt, der Restbetrag wurde ausbezahlt.
Die Erben des seinerzeitigen Hauseigentümers, die den Antrag auf
Rückstellung gestellt hatten, haben mit der Gemeinde Wien einen
Vergleich abgeschlossen, wonach sie gegen eine Bezahlung von
20.000 Schilling auf alle Rechte an dem Haus verzichten. Die Ge-
meinde Wien hat großes Interesse, dieses Haus zu besitzen, da es
die Durchfahrt von der Stollgasse zur Lindengasse sperrt. Ein
Durchbruch durch diese Liegenschaft würde gerade nach dem Ausbau
des Westbahnhofes eine Entlastung des Verkehrs ergeben. Es ist
daher in absehbarer Zeit beabsichtigt, dieses Haus zu schleifen
und damit die Stollgasse mit der Lindengasse zu verbinden. Das
Haus ist bombenbeschädigt. Für die Wiederherstellung wurden bis-
her 118.000 Schilling aufgewendet; eine vollständige Wiederher-
stellung würde etwa 770.000 Schilling beanspruchen.

Dipl.Ing. Dr. Hengl (ÖVP) erklärt, seine Fraktion werde für
diesen Vergleich stimmen, weil es gewiß eine Sanierung der Ver-
kehrsverhältnisse im 7. Bezirk bedeute, wenn die Stollgasse end-
lich mit der Lindengasse vereinigt wird. Er müsse jedoch diesen
Vergleich als ungünstig für die Gemeinde Wien bezeichnen. Der
größte Teil der bereits ausgegebenen Wiederherstellungskosten für
dieses Haus im Betrage von etwa 100.000 Schilling sei übrigens
erst in den Jahren 1948/49 ausgeworfen worden, somit zu einer
Zeit, als bereits die feste Absicht bestand, dieses Haus künftig

niederzureißen. Verschiedene Magistratsabteilungen hätten damals immer auf die Notwendigkeit hingewiesen, für die Mieter dieses Hauses andere Wohnmöglichkeiten zu schaffen. Es sei notwendig, in Hinkunft eine bessere Zusammenarbeit innerhalb des Wiener Magistrates sicherzustellen und mit den Steuergeldern der Gemeindeglieder sorgsamer umzugehen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Berichterstatter GR. Pfösch bemerkt in seinem Schlußwort, daß sämtliche aufgelaufenen Kosten den ehemaligen Besitzern des Hauses angelastet wurden. Es werde noch einige Zeit dauern, bis das Haus abgebrochen werden könne. In der Zwischenzeit müsse man den Mietern ihr Dach über dem Kopf sichern. (Beifall bei den Sozialisten.)

Gemäß dem Antrag des Berichterstatters wird der Vergleich mit den Rückstellungswerbern genehmigt.

GR. Winter (ÖVP) referiert über eine Neuregelung der Tarife für den städtischen Wasenmeister. Nach der neuen Tarifordnung betragen die Gebühren für den Wasenmeister: Für das Abholen oder Vertilgen eines gefallenen Tieres bei einem Großkadaver 200 S, bei einem Kleinkadaver 60 S. Für das Auslösen eines gefangenen Hundes 35 S. Die tägliche Verpflegungsgebühr für jedes eingefangene und in Verwahrung gehaltene Tier wird für kleine Hunde (bis 50 cm Schulterhöhe) mit 4 S und für große Hunde mit 5 S festgesetzt.

GR. Dr. Matejka (LBl.) stellt fest, daß die Verpflegungsgebühr für Hunde bisher 1 S betragen habe. Die Erhöhung dieser Tarife auf das Vier- und Fünffache sei also in diesem Falle besonders krass. Er verlangt einen ausführlichen Bericht über diese Materie, da ein großer Teil der Bevölkerung ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses, der Weltanschauung und der politischen Richtung an diesen Dingen interessiert sei. Solange der Bevölkerung diese Aufklärung nicht gegeben werde, sehe sich seine Fraktion nicht in der Lage, für die neue Tarifordnung zu stimmen.

Berichterstatter GR. Winter weist darauf hin, daß die Gebühren für den Wasenmeister seit dem Jahre 1924 nicht geändert wurden, sondern daß die geltenden Sätze nur jeweils auf die neuen Währungen umgerechnet wurden. Die Erhöhung dieser Gebühren sei durch die allgemeine Erhöhung des Preisniveaus in den letzten Jahren bedingt.

Der Antrag des Berichterstatters wird angenommen.

Gastärzteproblem muß gelöst werden

Vizebürgermeister Honay referierte über die Verlängerung der Stipendienaktion für die Gastärzte für den Rest des Jahres. Am 11. September wurde vom Gemeinderat beschlossen, den Gastärzten für die Monate August, September und Oktober Stipendien in der Höhe von 500 S zu bewilligen. Ein Betrag von 1,050.000 S wurde dafür festgesetzt, von dem der Bund die Hälfte bezahlte. Auf Grund von Besprechungen mit dem Finanzministerium und dem Sozialministerium an denen auch Vertreter der Gemeindeverwaltung teilnahmen, soll nun die Stipendienaktion auch für November und Dezember fortgeführt werden.

Vizebürgermeister Honay machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß die Gastärzte im Allgemeinen Krankenhaus, die im Dienst des Bundes stehen, in Zukunft keine Stipendien von der Gemeinde erhalten können.

Der Referent berichtete auch über die Zahl der gewährten Stipendien. Insgesamt sind 395 Ansuchen eingelangt, von denen 359 bewilligt wurden. 36 mußten abgelehnt werden. An der Beratung über die Zuerkennung der Stipendien nahmen auch die Vertreter der Gastärzte selbst teil. Die Begründung für die abgelehnten Ansuchen lag darin, daß die Eltern entweder ein gut gehendes Geschäft oder ein ertragreiches Unternehmen hatten oder eine Stellung mit höherem Einkommen bekleideten.

Besonders unterstrich Vizebürgermeister Honay, daß die heute vorgeschlagene Lösung keine endgültige sein kann. Es ist klar, daß die Gastärzte im Jänner nicht ohne Unterstützung bleiben können. Die Frage der Gastärzte ist aber nicht nur eine Angelegenheit Wiens, sondern ganz Österreichs. Vizebürgermeister Honay regte zum Schluß seiner Ausführungen an, daß sich die zukünftige Hilfe für die Gastärzte mindestens auf die nächsten zwei Jahre erstrecken müsse.

GR. Dr. Matejka (LBl.) erinnert in seiner Rede an seine Ausführungen zu diesem Thema im September dieses Jahres. Er habe sich damals bemüht, diese scheinbare Einzelfrage in einem größeren Zusammenhang hinzustellen, der darin besteht, daß nicht nur die Jungärztefrage sondern die Jungakademikerfrage überhaupt als eine Bagatelle behandelt wird. Es wäre an der Zeit hier richtig einzugreifen. Der Redner verlangt, daß die Stadt Wien in dieser Angele-

genheit als Vorbild vorangeht, und schlägt vor, daß im Zusammenhang mit der beginnenden Berufslaufbahn nicht mehr von Stipendien sondern von einer gerechten und sozialen ordentlichen Entlohnung gesprochen wird.

Zum Abschluß seiner Ausführungen, bei denen sich Dr. Matejka grundsätzlich mit der Vernachlässigung der akademischen Berufe in Österreich auseinandersetzt, stellt er einen Beschlusantrag, nach dem der Gemeinderat ehestens eine Regelung treffen solle, um den Gastärzten eine ordnungsgemäße und anständige Entlohnung zu sichern. Gleichzeitig verlangt er, daß noch im Dezember allen Gastärzten rückwirkend ab November Stipendien in der Höhe von mindestens 800 S monatlich ausbezahlt werden.

GR. Dr. Eberle (ÖVP) betont, das Ärzteproblem sei außerordentlich schwer zu lösen. Vor allem könne man noch an keine Lösung des gesamten Fragenkomplexes denken. Es müssen aber alle Schritte unternommen werden, um der Lösung dieser Frage näherzukommen. Da lediglich vorgesehen sei, für die Monate November und Dezember Stipendien auszuwerfen, müsse man die Frage aufwerfen, was in Zukunft mit den Ärzten geschehen soll. Der Redner sehe es als seine Pflicht an, ein noch viel lauterer Rufer zu werden und zu fordern: der Ärzteschaft in Österreich muß geholfen werden!

Wir dürfen in der Behandlung dieser Frage nicht kleinlich sein, da die derzeitige Krise in vier bis fünf Jahren abgeklungen sein wird. Auch der Andrang zum Medizinstudium dürfte bis dahin in normale Grenzen gelenkt sein. Es sei verfehlt, zu fordern, daß die Jungärzte auch in die Provinzspitäler zur Ausbildung geschickt werden sollen, da nur in Wien entsprechend gute Ausbildungsmöglichkeiten für Ärzte und Krankenschwestern bestehen. Durch intensivste Arbeit sollen wir alles daransetzen, daß Wien wieder das Zentrum der medizinischen Ausbildung wird, das es früher war.

Der Redner bittet alle zuständigen Stellen, sich heute schon Gedanken darüber zu machen, wie es ermöglicht werden könnte, daß man die Stipendien für die Ärzte für das ganze Jahr flüssig macht, denn es sei ein unwürdiger Zustand, daß man ihnen nur jeweils für einige Monate ein paar hundert Schilling für ihre Ausbildung zur Verfügung stellt. (Beifall bei der ÖVP.)

In seinem Schlußwort betont Vizebürgermeister Honay, daß man die Ärztefrage nicht dadurch lösen könne, daß man mit starken Worten wie "Trinkgeld", "Almosen", "Bettel", "Sumpflüte" und "Kulturschande" herumwirft. Er wolle daher gar nicht auf das Geschimpfe des GR. Dr. Matejka eingehen, sondern lediglich die sachlichen Ausführungen des GR. Dr. Eberle ergänzen.

Der Hauptgrund für die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet liege darin, daß wir seit Kriegsende eine Hypertrophie an Ärzten aufweisen. Es beenden im Durchschnitt rund 800 Ärzte jährlich ihre Studien, während die Aufnahmefähigkeit Österreichs an Ärzten pro Jahr nur 350 beträgt. Es sei bezeichnend, daß in einem Merkblatt der Ärztekammer an die Maturanten der Satz enthalten war: "Wir warnen alle Maturanten, den Ärzteberuf zu ergreifen, weil es heute nicht aussichtsreich ist, Arzt zu werden."

Wir haben, betont der Referent, heute in Österreich nicht weniger als 12.240 Ärzte, das heißt, daß auf 572 Bewohner in Österreich bereits ein Arzt entfällt. Besonders stark ist die Hypertrophie in Wien, wo auf 386 Einwohner ein Arzt entfällt; im Burgenland hingegen entfällt nur auf 1930 Bewohner ein Arzt.

Es sei eine Tatsache, daß die besten Voraussetzungen für die Ausbildung von Ärzten in den Wiener Krankenanstalten gegeben sind. Auf Grund einer Umfrage in allen städtischen Krankenanstalten ergab sich jedoch, daß sie nicht in der Lage sind, mehr als 402 Gastärzte aufzunehmen. Man kann heute in den Wiener Krankenhäusern öfter die Beobachtung machen, daß neben dem Professor oder dem leitenden Arzt ein ganzer Schwarm von Gastärzten an den Visiten teilnimmt, worunter natürlich die Ausbildung der Gastärzte leidet.

Dieses Problem kann von der Gemeindeverwaltung allein nicht gelöst werden. Es muß sich das Sozialministerium mit den Ländern, dem Finanzministerium und dem Unterrichtsministerium die Voraussetzungen für eine geeignete Lösung schaffen. Vor allem müsse auch gegen den engherzigen Lokalpatriotismus, der in manchen Bundesländern herrscht, aufgetreten werden, denn gerade in Wien stamme ein hoher Prozentsatz der Jungärzte aus den Bundesländern und finde hier sein Brot.

Der Referent verweist darauf, daß in Wien auf je 16 Spitalbetten ein Gastarzt entfällt, obwohl die Gemeinde nach dem Gesetz

nur verpflichtet wäre, für je 30 Spitalsbetten einen Gastarzt zu bestellen.

Die Gemeindeverwaltung habe nicht die Absicht, die Stipendien wieder nur auf ein paar Monate zu verlängern, sondern sie sei bemüht, eine Lösung auf längere Sicht zu finden. Es werde sich bei den Verhandlungen erweisen, wie weit der Bund bereit ist, hier mitzutun.

Da es sich bei der Resolution des GR. Dr. Matejka lediglich um eine Lizitationspolitik des Linksblockes handle, empfiehlt der Berichterstatter die Ablehnung derselben. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen, die vom GR. Dr. Matejka vorgelegte Resolution abgelehnt.

600 neue Dachgeschoßwohnungen

Stadtrat Thaller (SPÖ) referiert hierauf über einen Antrag des Stadtsenates auf Einbau von 600 Wohnungen in Dachgeschoßen städtischer Wohnhäuser. Er führt hiezu aus: Die Erfahrungen, die wir im vorigen Winter mit dem Einbau von Dachgeschoßwohnungen gemacht haben, waren außerordentlich gut. Wir haben uns daher entschlossen, auch heuer im Zuge der Arbeitsbeschaffung für den Winter eine größere Zahl von Wohnungen in städtischen Objekten einzubauen. Der Großteil dieser Bauaufträge wird an Zivilarchitekten vergeben. Die Herstellungskosten einer solchen Dachgeschoßwohnung belaufen sich nur auf etwa 40.000 Schilling. Der gesamte Aufwand für die 600 Wohnungen dürfte rund 25 Millionen Schilling betragen. Die fast vollendeten Planungsarbeiten in Höhe von 1 Million sollen aus dem heurigen Budget gedeckt werden, der Restbetrag von 24 Millionen wird im Voranschlag für 1952 zu bedecken sein.

GR. Maller (LBl.) erklärt, es sei nicht nur wichtig, daß gebaut werde, sondern auch, wie die Wohnungen beschaffen sind. Die Wohnbaukultur der Gemeinde Wien befände sich in einer absteigenden Linie. Die beiden Mehrheitsparteien lassen sich nicht von den Bedürfnissen der Wohnungssuchenden, sondern durch den optischen Eindruck leiten, den sie erzielen wollen. Sie seien bestrebt, die Anzahl der gebauten Wohnungen künstlich zu heben. Nach dem Krieg wäre die Errichtung von Notwohnungen verständlich gewesen. 1947 habe man jedoch Normalwohnungen mit Badezimmern und Duschräumen gebaut. Nachher seien die Wohnungen immer kleiner geworden. Unter

dem damaligen Stadtrat Jonas habe man die sogenannten Halbwohnungen erfunden, und Stadtrat Thaller beglücke nun die Wiener Bevölkerung mit Dachbodenwohnungen, in denen die Kinder über den Dächern von Wien keine frohe Jugend erleben werden und die den alten Menschen das Stiegensteigen zur Qual machen werden. Die Dachbodenwohnungen würden auch dadurch die Wohnkultur verschlechtern, weil in den Gemeindebauten verschiedene Bequemlichkeiten wie Waschküchen und Trockenböden abgebaut würden. Der Linksblock stimme dennoch für den Antrag des Referenten.

GR. Helene Potetz (SPÖ) berichtet über das Aussehen und die Beschaffenheit der bereits errichteten Mansardenwohnungen. Diese Wohnungen sind durchschnittlich 60 Quadratmeter groß. Die Ausführung sei so wie bei den anderen Gemeindewohnungen, allerdings in einer leichten Bauweise. Der Bau dieser Wohnungen habe verschiedene Vorteile, es könne vor allem sehr rasch und zu halben Kosten gebaut werden. Die Ausführung dieser Wohnungstypen werde ausschließlich durch Ziviltechniker geplant. Somit sei ein alter Wunsch der Zivilarchitekten in unserer Stadt erfüllt worden, sie für die Gemeindebauten stärker heranzuziehen. Die Hauptsache für die Sozialisten sei es, daß damit zusätzlicher neuer Wohnraum geschaffen werde. Es wäre nur zu wünschen, daß die Gemeinde Wien noch möglichst viele solche Wohnungen mit einem zwar schiefen, aber guten und sicheren Dach bauen könne. Die Sozialisten sehen dieses Problem auch von dem Gesichtspunkt der sozialen Nützlichkeit. In unserer Zeit der bittersten Not gelte wohl für das Bauprogramm der Gemeinde Wien das variierte Goethe-Wort: "Das scheinbar Unzulängliche, hier wird's Ereignis!" (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Thaller verwahrt sich in seinem Schlußwort gegen die Feststellung des GR. Maller, daß wir mit dem Einbau von Mansardenwohnungen in die Dachgeschoße der Gemeindebauten aus der Zeit vor 1934 die Wohnkultur senken. Eine Mansardenwohnung ist genau so vorzüglich ausgestattet wie jede andere Gemeindewohnung. Wir bauen sie in den verschiedenen Größen und die Menschen sind dort außerordentlich zufrieden. Natürlich werden wir nicht Greise und alte Mütter in diese Wohnungen hinaufgeben, sondern vor allem junge Ehepaare einweisen. Diese jungen Leute fühlen sich **sehr** glücklich, wenn sie aus den engen Verhältnissen, in denen sie bisher hausen mußten, herauskommen und eine eigene Wohnung bekommen.

Das Bauprogramm der Mansardenwohnungen ist ein zusätzliches Programm zu allem, was wir sonst getan haben und noch tun wollen.

Wir bemühen uns möglichst rasch zu bauen und wir machen alle Anstrengungen, um den sozialen Wohnhausbau in unserer Stadt vorwärtszutreiben und die große Wohnungsnot so schnell als möglich zu bannen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen.

Unterbrechung des Gemeinderatsberichtes.

Die neue Aspernbrücke:

Spitzenleistung des modernen Brückenbaues
=====

Durchgreifende Verkehrsreform bei der Urania

30. November (Rath.Korr.) In einer heute vormittag in der Urania abgehaltenen Pressekonferenz informierte der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten, Thaller, die Vertreter der Presse über die nach 28-monatiger Bauzeit nun fertiggestellte Aspernbrücke und die durchgreifende Reform der Verkehrsverhältnisse an beiden Brückenköpfen.

In einem historischen Rückblick erinnerte zunächst Stadtrat Thaller an die im Jahre 1863 errichtete Kettenbrücke, die im Jahre 1913 einer Bogenbrücke mit bedeutend höherer Leistungsfähigkeit weichen sollte. Durch den ersten Weltkrieg verzögerte sich die Fertigstellung dieser Brücke bis 1919. Anlässlich der Kampfhandlungen des Jahres 1945 wurde die Bogenbrücke wie die anderen Donaubrücken gesprengt und völlig zerstört. Die nach Kriegsende von der Roten Armee errichtete Hilfsbrücke wurde jetzt durch eine Brücke ersetzt, die zugleich als Spitzenleistung des modernen Brückenbaues angesprochen werden darf.

Die Brückenbauer standen zu Beginn vor der sehr schweren Aufgabe, vollkommen widersprechende Forderungen zu berücksichtigen. Anstatt einer das Stadtbild störenden Bogenbrücke sollte eine Konstruktion mit ruhigem und harmonisch wirkenden Tragwerk unter der Fahrbahn geschaffen werden. Die neue Brücke sollte - so lauteten die Bedingungen der Gemeindeverwaltung - wohl schöner und stärker,

aber auch gleichzeitig leichter werden! Der von der bedeutendsten österreichischen Brückenbaufirma Wagner-Biro A.G., Wien-Graz, eingereichte Entwurf ging unter 17 Projekten siegreich hervor. Es wurde eine Trägerrost-Brücke aus hochwertigem Stahl errichtet, deren vier Hauptträger durch steife Querscheiben so verbunden sind, daß bei Belastung auch nur eines Hauptträgers sich sämtliche Hauptträger an der Lastaufnahme beteiligen müssen.

Die Länge der Brücke beträgt 38,97 Meter, die Hauptstützweite zwischen den Eckpfeilern 58,69 Meter, die gesamte Breite ist 27,95 Meter; hievon entfallen auf die Gleiszone 5,45 Meter, auf den Inselperron für die Straßenbahnhaltestelle 1,80 Meter, auf die beiden Seitenfahrbahnen je 6 Meter und auf die beiden Gehwege je 4,35 Meter. Das Gesamtgewicht beträgt 925 Tonnen gegen 1.178 Tonnen bei der alten Brücke. Diese Last entspricht also einem Lastzugtransport von rund 92 Eisenbahnwaggons mit insgesamt 920 Tonnen Ladegewicht. Durch besondere bautechnische Maßnahmen konnten die alten Brückenpfeiler verwendet werden. So konnten die Baukosten, die immerhin 15,5 Millionen Schilling betragen, bedeutend gesenkt werden.

Stadtrat Thaller sprach dann über die wichtigsten Änderungen der Verkehrsverhältnisse auf dem Aspernplatz vor der Urania und in der Aspernbrückengasse, die im Zusammenhang mit dem Brückenbau angeregt und verwirklicht wurde. Am Aspernplatz wurde durch die Schaffung eines Kreisverkehrs eine bedeutende Verkehrsverbesserung erreicht. Diese Reform bewirkt eine rasche Abwicklung des Straßenbahnverkehrs und vermeidet gefährliche Schnittpunkte zwischen Fahrzeugen und Straßenbahn. Die auffällige Krümmung des Straßenbahngleises zwischen Kai und Uraniastraße innerhalb der Grünfläche hat ihren Grund darin, das Anhalten eines Dreiwagenzuges der Straßenbahn vor dem Kreuzungspunkt zur Gänze innerhalb der Grünfläche zu ermöglichen, ohne daß die Fahrbahn hiedurch gesperrt werden würde. Das Abzweigen und Kreuzen der Straßenbahnzüge geschieht also innerhalb der neu geschaffenen birnförmigen Straßeninsel, während der übrige Straßenverkehr auf einer, um die Insel angelegten 10 Meter breiten Fahrbahn erfolgt. Die Insel wurde gärtnerisch ausgestaltet. In den Sommermonaten werden dort blühende Rosen das Auge erfreuen. Die gärtnerischen Arbeiten wurden zugleich mit den Straßenbauarbeiten beendet.

In der Aspernbrückengasse wurden die Geleise so verlegt, daß die Fahrbahn auf der Seite der geraden Orientierungsnummern eine

Breite von 6,20 und auf der Seite der ungeraden Orientierungsnummern eine solche von 5,92 Metern erhält. Der Umbau des Aspernplatzes und der Aspernbrückengasse, einschließlich Straßenbahn, öffentliche Beleuchtung und verschiedenen Einbauten kostete 4,3 Millionen Schilling.

Die Belastungsprobe der Aspernbrücke erfolgt morgen vormittag, die offizielle Eröffnung durch Bürgermeister Jonas am Sonntag, den 2. Dezember, um 10 Uhr. Wie bei allen größeren Bauwerken hat das Stadtbauamt auch einen Prospekt über die Aspernbrücke herausgegeben. Wie Stadtrat Thaller in der Pressekonferenz bekannt gab, erfreuen sich diese Publikationen einer stets wachsenden Aufmerksamkeit in- und ausländischer Fachleute. Diese Visitekarten des aufbauenden Wiens werden in der letzten Zeit immer öfter auch aus überseeischen Staaten verlangt.

Bundesminister Waldbrunner besichtigte die Aspernbrücke
=====

30. November (Rath.Korr.) Der Bundesminister für Verkehr und Wiederaufbau, Dipl.Ing. Waldbrunner besichtigte heute vormittag, begleitet von Bürgermeister Jonas, Stadtrat Thaller und Stadtbau- direktor Dipl.Ing. Gundacker sowie der leitenden Beamten der Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau und der Magistratsabteilung für Straßenbau die wiederaufgebaute Aspernbrücke. Der Minister interessierte sich lebhaft für alle technischen Neuerungen, die beim Bau angewendet wurden und äußerte sich dahin, daß die Brücke ein weiteres Glanzstück im Wiederaufbau der Bundeshauptstadt darstelle. Auch die Lösung der Verkehrsfragen auf dem Aspernplatz fand seine volle Anerkennung.

Lebensmittelaufruf für Wien
=====

30. November (Rath.Korr.) Das Marktamt - Sonderreferat Landesernährungsamt - gibt bekannt:

Für die 87. Versorgungsperiode (3. bis 30. Dezember) werden aufgerufen:

Zucker: Auf die Abschnitte 3 und 4 aller Lebensmittelkarten je 640 Gramm. Auf Abschnitt 2 der Mutterkarte 400 Gramm.

Margarine: Auf Abschnitt 16 aller Lebensmittelkarten 200 Gramm.

Kunstspeisefett: Auf Abschnitt 17 aller Lebensmittelkarten 100 Gramm.

Schmalz (Importware): Auf Abschnitt 18 aller Lebensmittelkarten 250 Gramm.

Speiseöl: Auf Abschnitt 19 aller Lebensmittelkarten 100 Gramm.

Die Bezugsabschnitte für Zucker, Margarine, Kunstspeisefett und Speiseöl sind abzutrennen und getrennt zu verrechnen, die Bezugsabschnitte für Schmalz abzutrennen und von den Geschäftsleuten für Kontrollzwecke aufzubewahren.

Die aufgerufenen Bezugsabschnitte sind im Laufe der Periode einzulösen. Alle nicht eingelösten Abschnitte verfallen am Ende der 87. Periode.

Die Gültigkeit des Abschnittes 14 der Periode 86 (300 Gramm Schmalz) wird bis 15.12.1951 verlängert.

Die Lebensmittelkarten der Perioden 86/88, die ursprünglich für die Zeit vom 5.11.1951 bis 27.1.1952 vorgeschrieben waren, verlieren mit 31.12.1951 ihre Gültigkeit. Somit werden die Abschnitte der Periode 88 für ungültig erklärt.

Gechrte Redaktion!
=====

Das Sonderreferat Landesernährungsamt ersucht, die vorstehende Pressenotiz in vollem Wortlaut wiederzugeben.

Fortsetzung des Gemeinderatsberichtes12 neue Flüchtlingsbaracken im Auhof

Stadtrat Thaller (SPÖ) referierte nun über die Errichtung von zwölf Baracken im Lager Auhof zur Unterbringung von Flüchtlingen. Die Baracken sollen möglichst schnell hergestellt werden, weil in der nächsten Zeit eine Reihe von Objekten, in denen Flüchtlinge untergebracht sind, abgerissen werden. Die Kosten für die zwölf Objekte betragen 3,6 Millionen Schilling, von denen der Bund ein Drittel trägt.

Als einzige Debattenrednerin sprach GR. Eleonore Hiltl (ÖVP) die sich mit verschiedenen Unzukömmlichkeiten im Lager Auhof beschäftigte. Sie kritisierte, daß ein großer Teil der jetzt im Lager Auhof untergebrachten Wohnparteien schon 8 bis 9 oder 10 bis 18 Monate dort sind, ohne eine Wohnung zugewiesen erhalten zu haben. Es würde auch nicht ganz gerecht mit der Beschaffung einer Wohnung für solche Flüchtlinge vorgegangen, die bereits die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten haben. Es ergibt sich überhaupt die Frage, warum man nicht lieber um diesen Betrag, den die Baracken kosten, richtige Wohnbauten errichten will.

Die Rednerin regte ferner an, daß man in den neuen Baracken für Verbindungstüren zwischen den einzelnen Räumen sorgen und auch doppelte Fenster einbauen möge. Weiters kritisierte GR.Hiltl, daß den Insassen die Benützung des Telephons selbst bei dringenden Fällen, untersagt wird, außer wenn sie dafür 3 Schilling bezahlen. Schließlich verlangte die Rednerin eine Hausordnung für das Barackenlager und eine Zusammenstellung über die tatsächlichen Kosten bei der Führung des Lagers. Im übrigen gab sie im Namen ihrer Fraktion die Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag.

Stadtrat Thaller stellte in seinem Schlußwort fest, daß gegen den Antrag selbst nichts gesagt wurde. Aus seiner eigenen Erfahrung könne er nur sagen, daß es wohl vorkommt, daß einzelne Familien etwas länger im Lager bleiben als andere. Es gibt aber auch Familien, die gar nicht mehr weg wollen. Er habe selbstverständlich gehört, daß andere wieder unzufrieden sind. Das Wohnungsamt nimmt aber ununterbrochen Leute aus dem Lager heraus und weist sie in Wohnungen ein.

Zur Frage der Telephonbenützung teilte der Stadtrat mit, daß

man deswegen eine höhere Gebühr fordere, weil sonst der Apparat, der für Dienstzwecke da sei, mißbraucht worden wäre. Wenn Telefonate in wirklich dringenden Fällen verweigert worden sind, so stelle dies einen Übergriff des betreffenden Beamten dar. Abschließend bemerkt Stadtrat Thaller, daß mit dem gleichen Betrag, durch den 144 Familien - je 12 in einer Baracke, - Unterkunft finden, nur 45 bis 50 richtige Wohnungen erbaut werden könnten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Neue Schulbauten der Gemeinde Wien

Über zwei neue Schulpavillons in Mödling berichtete gleichfalls Stadtrat Thaller. Die beiden Pavillons werden zur Behebung der Schulraumnot in Mödling im Anschluß an zwei bestehende Schulen gebaut werden. Die Kosten dafür betragen insgesamt 1,350.000 Schilling, von denen heuer noch 600.000 Schilling verbaut werden. Die Schulpavillons bestehen aus je 4 Klassenzimmern und den entsprechenden Nebenräumen.

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) wendet sich gegen die Ausführungen verschiedener Blätter, zunächst der "Volksstimme" anlässlich der Eröffnung des Schulbaues in der Schöffergasse. Sie hatte geschrieben, daß hier ein Propagandabau errichtet wurde, mit der Absicht, den Wiener Schulskandal zu verschleiern und darüber hinwegzutäuschen, daß auf dem Gebiet des Schulbaues so gut wie nichts geschehen sei und auf diesem Sektor offenbar keinerlei Planung bestehe. GR. Dr. Stemmer stellt fest, daß die Gemeinde Wien vielmehr einen umfassenden Plan aufgestellt hat und zunächst ein Sofortprogramm entwickelt, das vor allem die Kriegsschädenbehebung vorsah und der Geburtenwelle nach 1939 Rechnung tragen sollte, die durch unsere Schulen hindurchzieht. Der Höhepunkt dieser Geburtenwelle befindet sich gegenwärtig in den Hauptschulen und wird in zwei oder drei Jahren allmählich abebben. Die Geburtenentwicklung seit Kriegsende zeige ein deutliches Absinken. Während wir in Österreich 1947 noch 23.872 Geburten zu verzeichnen hatten, waren es 1950 nur mehr 14.414. Natürlich mußten alle mit der Planung im Schulwesen befaßten Stellen das ihnen bekannte Sinken der Schülerzahl bereits jetzt einkalkulieren.

Am besten seien die Leistungen der Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Schulwesens daran zu erkennen, wenn wir uns die Zahl

der Schulklassen im Jahre 1945 und heute vergegenwärtigen. Wien wies 1945 1905 Schulklassen auf, heute sind es 4316, es sind also in diesen Jahren durch Wiederaufbau und Instandsetzung 2.411 Schulklassen zugewachsen. Während die Schülerzahl von 69.000 im Jahre 1945 auf 149.000 im Jahre 1950 stieg, also um 117 Prozent, ist die Zahl der Schulklassen um 127 Prozent angestiegen. Es haben sich daher in diesem Zeitraum die Schulverhältnisse wesentlich gebessert, deren sichtbares Maß der Wechselunterricht ist.

Die Zahl der Schulen, an denen Wechsel- und Schichtunterricht geführt werden mußte, konnte in den vergangenen Jahren ebenfalls laufend herabgesetzt werden. Der Schichtunterricht ist seit 1947 völlig weggefallen. Der Wechselunterricht betrug anfänglich 49,7 Prozent und ist jetzt auf 17,9 Prozent abgesunken. Freilich haben sich die Verhältnisse nicht in allen Bezirken gleichmäßig gebessert. Besonders traurig seien die Schulverhältnisse in jenen Bezirken, in denen Schulen noch von den Besatzungsmächten besetzt sind, wie beispielsweise in Liesing, Mödling, Schwechat und anderen Bezirken.

Der Redner bespricht hierauf Fragen des Mittelschulwesens, die in Ordnung zu bringen Bundesaufgabe ist, und verweist auf den Mißstand, daß der zehnte Wiener Gemeindebezirk noch immer über keine Mittelschule verfüge. Er bemängelt, daß im Budget 1952 des Unterrichtsministeriums für ganz Österreich nur 14 Millionen Schilling für Schulhausbauten vorgesehen seien, was kaum zur Errichtung einer einzigen Schule ausreiche.

Auch die Frage des Schulbaufonds in den Ländern müsse einmal gelöst werden. Ferner müßte dafür gesorgt werden, daß die Gemeinden, die Haupt- und Berufsschulen erhalten, Zuschüsse von jenen Gemeinden bekommen, deren Kinder diese Schulen in Anspruch nehmen.

Die ÖVP-Blätter kritisieren, daß sich die Gemeinde Wien auf ihre Leistungen zu viel zugute tut. Wenn bemängelt wurde, daß bei der Eröffnung von Schulbauten die Gemeinde für ihre Leistungen Propaganda mache und die Schulbehörden der Gemeinde Wien den Dank ausspricht, so muß hiezu gesagt werden; ein Dank ist keine Schande, besonders dann nicht, wenn man, wie die Schulbehörden, über eigene Geldmittel nicht verfügen kann und nur Vorschläge erstatten kann.

Eine Verwaltung, die so ungeheure Aufgaben bewältigt, wie die Wiener Gemeindeverwaltung, hat nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht, auf ihre Leistungen hinzuweisen. Dies ist ein Teil der Erziehung zur Demokratie. Diese Leistungen sollen in das rechte Licht gerückt werden, um den Menschen mehr als bisher ihre kollektive Verantwortlichkeit im öffentlichen Leben klar zu machen. Zu dem Vorwurf in den Blättern, daß solche Eröffnungsveranstaltungen lediglich der sozialistischen Propaganda dienen, erklärt der Redner, daß die Menschen eben ein Gedächtnis haben und wissen, daß vieles Neue, das uns heute bereits eine Selbstverständlichkeit ist, auf sozialistischem Grunde gewachsen ist und sich mühselig durchsetzen mußte.

In jenen Bundesländern, wo die Sozialisten entscheidend mitzureden haben, wird gerade auf dem Gebiete des Schulhausbaues viel geleistet. Von 983 vom Bundesminister für ganz Österreich genannten Schulbauten wurden allein in Wien, Kärnten und Niederösterreich 428 Bauten durchgeführt.

Ein anderer Vorwurf ist der, daß die Gemeinde Luxus treibe. Das "Offene Wort" z.B. habe die Frage aufgeworfen, ob es für die Kinder gut sei, wenn die Gemeinde Wien schöne Kindergärten baue. Die Kinder verbringen den Tag in Palästen und am Abend kehren sie aus dem Luxus in das Elend zurück. Diese Kreise - betont der Redner -, die sonst so viel von der Entproletarisierung reden, müssen sich endlich darauf einstellen, daß der Lebensstandard und die Wünsche und Ansprüche der Menschen an das Leben heute anders sind als früher, und das ist ein Erfolg des sozialistischen Kampfes! Auch die Ausstellung "100 Jahre Aufstieg einer Klasse" sei als sozialistische Propaganda hingestellt worden. Dazu könne man nur feststellen: ohne das Wirken der Sozialisten und der Gewerkschaften wäre dieser Aufstieg nicht möglich gewesen! (Beifall bei der SPÖ.)

Die vorgesehene Errichtung von zwei Schulpavillons sei gewiß noch keine Erfüllung aller Wünsche auf dem Gebiete des Schulbaues, es werde aber auch hier wieder ein Schritt vorwärts getan. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Eleonore Hiltl (ÖVP) bezeichnet es als selbstverständliche Aufgabe jeder verantwortungsbewußten Gemeindeverwaltung, neue und moderne Schulbauten zu errichten.

Die Kritik verschiedener Zeitungen, daß man gar zu viel Worte um die Eröffnung solcher Schulbauten mache, sei nicht unbegründet. Wenn GR. Dr. Stemmer auf die Zahl der neu errichteten Schulbauten in Niederösterreich, Kärnten und Wien hingewiesen habe, so sei ihm zum Vergleich entgegengehalten, daß das kleine Bundesland Vorarlberg, dessen Bevölkerungszahl etwa der von Ottakring entspricht, allein im Schulbezirk Bludenz seit 1945 19 neue Schulbauten und 12 Zu- und Aufbauten aufgeführt habe. Die Behauptung, daß es erst unter sozialistischer Führung in Wien möglich war, solche Schulen zu bauen, sei durchaus unrichtig, denn schon Jahrzehnte vorher und gerade unter dem Bürgermeister Lueger habe man auch schon solche Bauten errichtet und auch schon damals sehr genau gewußt, was zum Wohle und zum kulturellen Aufstieg der Bevölkerung notwendig ist. Daß man die Errungenschaften der neuzeitlichen Technik auch für den Schulbau heranzieht, sei nur selbstverständlich. Die Schulverhältnisse in Mödling waren äußerst bedrückend und vor allem kinderreiche Eltern durch den Wechselunterricht schwer belastet. Die Lösung der drückenden Schulraumnot könne man aber nicht dadurch finden, daß man Schulpavillone aufführt; man müßte vielmehr in Mödling endlich ein richtiges großes Schulhaus bauen, das der gegebenen Lage entspricht. Die Rednerin appelliert an den Finanzreferenten der Stadt Wien, alles daranzusetzen, um im Budget 1952 außerordentliche Kredite für die Errichtung eines Schulhausbaues in Mödling bereitstellen zu können. Im übrigen werde die ÖVP gezwungenermaßen der Errichtung der beiden Schulpavillons ihre Zustimmung geben.

Stadtrat Thaller erklärt im Schlußwort, für Mödling standen zwei Möglichkeiten offen: entweder eine große neue Schule mit einer Bauzeit von zwei Jahren zu errichten, oder den augenblicklichen Schulraummangel durch den Bau dieser Schulpavillons zu bekämpfen. Die Mödlinger, die freie Wahl hatten, haben sich schweren Herzens entschlossen, für den Augenblick die zwei Schulpavillons hinzunehmen und mit dem Bau der großen Schule zu warten, weil der drückenden Schulraumnot sofort abgeholfen werden mußte.

Wir betrachten es natürlich als eine Selbstverständlichkeit, schließt der Stadtrat, den Schulraummangel zu beheben und dabei die neuesten architektonischen und technischen Errungenschaften zu verwerten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Der Antrag des Berichterstatters wird angenommen.

Über eine Neuregelung der Gebühren für die Überlassung von Grundflächen in den Strandbädern Klosterneuburg und Kritzensdorf berichtet gleichfalls Stadtrat Thaller. Der sehr niedrig gehaltene Pachtzins von zwei Groschen pro Quadratmeter soll unverändert bleiben. Dagegen soll die Leistungsquote um etwa 50 Prozent erhöht werden. In Kritzensdorf wird demnach künftig die Gesamtgebühr für unverbauten Flächen pro Jahr 25 Groschen pro Quadratmeter, für Hüttenflächen in der ersten Strandreihe 3.20 S, in der zweiten und dritten Strandreihe 3.70 S und in den übrigen Strandreihen 2.45 S betragen. Die Gesamtgebühr für die Überlassung von Grundflächen im Strandbad Klosterneuburg wird auf 70 Groschen erhöht. Auch die geringfügigen Wassergebühren erfahren eine 50prozentige Erhöhung.

GR. Hausner (LBl.) meint, die Bevölkerung habe gehofft, daß auch die Gemeinde Wien sich an der Preissenkung beteiligen oder zumindest mit den fortwährenden Preiserhöhungen Schluß machen werde. Angesichts dieser neuen Tarifierhöhungen dürfe man es der Bevölkerung nicht übel nehmen, wenn sie an den ganzen Preissenkungsschwindel nicht glaubt. Aus diesem Grunde werde der Linksblock gegen die Vorlage stimmen.

Stadtrat Thaller bemerkt zu dem Rufe nach Preissenkungen in der Gemeindeverwaltung: Bei den Preisen von Industrie, Gewerbe und Handel ist es darum gegangen, die sogenannte Gewinnspanne herabzusetzen, den Preis zu senken und damit die Möglichkeit zu schaffen, daß die Menschen die notwendigen Bedarfsartikeln kaufen können. Die Gebühren und Preise der öffentlichen Körperschaften, insbesondere aber die bei der Gemeinde Wien, werden alle ohne jede Gewinnabsicht nur nach dem Prinzip der Selbstkostendeckung erstellt. Jede Gebühr, die die Gemeinde Wien in den letzten Monaten erhöht hat, wurde nur so weit erhöht, als es notwendig war, um die Selbstkosten zu decken. Das ist auch hier der Fall. Die Erhöhung ist im übrigen so gering, daß sie von jedem Badhüttenbesitzer leicht getragen werden kann.

Der Antrag des Berichterstatters wird angenommen.

Sicherung der Wiener Wasserversorgung

Als nächster Punkt der Tagesordnung gelangt der Bau eines gewaltigen Leitungsspeichers in Neusiedl am Steinfeld zur Wasserversorgung der Wiener Bevölkerung zur Verhandlung.

Berichterstatter Stadtrat Thaller verweist auf den steigenden Wasserbedarf in Wien, der 1937 rund 90 Millionen Kubikmeter, 1940 100 Millionen Kubikmeter, 1946 110 Millionen, 1947 127 Millionen, 1948 129 Millionen und 1949 über 132 Millionen Kubikmeter betragen habe. Sollte dieses Ansteigen des Wasserverbrauches weiter anhalten, so würde der Bedarf an Wasser 1970 160 Millionen und im Jahre 2000 200 Millionen Kubikmeter betragen. Die Kopfquote, die 1937 noch 140 Kubikmeter und heute 220 Kubikmeter beträgt, würde 1970 auf 245 und im Jahre 2000 auf 275 Kubikmeter ansteigen. Es muß daher rechtzeitig für eine gesicherte Wasserversorgung vorgesorgt werden.

Wie Stadtrat Thaller feststellt, gibt es hiezu zwei Möglichkeiten, nämlich entweder die II. Hochquellenleitung im Hochschwabgebiet vollkommen neu zu bauen oder im Wiener Neustädter Becken, gegen das Burgenland zu, ein großes Grundwasserwerk zu errichten. Dieses Problem müssen wir aber heute noch nicht angehen, denn wir können derzeit noch eine andere Lösung finden. Wir glauben, daß wir dem Wassermangel abhelfen könnten, wenn wir an einem günstig gelegenen Punkt der I. Wiener Hochquellenleitung, in Neusiedl am Steinfeld bei Neunkirchen, einen Großspeicher mit einem Fassungsraum von 600.000 Kubikmeter errichten. Die Gesamtkosten eines solchen Werkes werden bei den derzeitigen Preisen mit rund 79,7 Millionen Schilling veranschlagt. Die Bauzeit dieses Projektes dürfte etwa 6 bis 7 Jahre betragen. Für die Vorarbeiten werden 14,6 Millionen Schilling benötigt, von denen nach dem vorliegenden Antrag 5,5 Millionen auf das Budget von 1951 entfallen sollen. Die Arbeiten werden von einer Arbeitsgemeinschaft, die aus vier Firmen besteht, ausgeführt. Jede der vier Speicherkammern wird Grundmaße von 120 mal 136 Metern und eine Füllhöhe von 10 Metern aufweisen.

GR. Lust (ÖVP) betonte eingangs, daß die Vorlage, die die Wasserversorgung für die Zukunft gewährleistet, selbstverständlich wärmstens zu begrüßen sei. Wenn er trotzdem zu diesem Punkt der Tagesordnung Stellung nehme, so deswegen, weil um die öffentlichen Gelder, die von allen Bevölkerungskreisen aufgebracht worden, erstens wirtschaftlich gearbeitet und zweitens die Arbeiten korrekt vergeben werden müssen. Der Redner sagte, er sei davon überzeugt, daß dies in diesem Fall nicht so klar sei und erhärtete seine Ansicht durch längere technische Ausführungen.

GR. Lust äußerte vor allem Bedenken gegen die projektierte technische Ausführung der Pläne. Unter anderem sei die Dichte des riesigen Behälters nach dem vorliegenden Plan nicht gewährleistet; die Folgen wären gerade in Steinfeld katastrophal, da der Boden ein Schluckvermögen von hundert Sekundenliter aufweist. Er habe daher allen Grund festzustellen, daß ein baureifes Projekt nicht vorliegt, sondern nur ein Entwurf, der eine verschiedene fachliche Ansicht herausfordert und nicht jene Sorgfalt aufweist, die bei einem so großen Bauwerk verlangt werden müsse. GR. Lust kritisiert auch die Vergebung der Vorarbeiten, die den teuersten Firmen übertragen wurden.

Stadtrat Thaller erwiderte in seinem Schlußwort, daß die öffentliche Sitzung des Gemeinderates wohl nicht der geeignete Ort sei, an dem man die technischen Details eines Projektes erörtern kann. Er finde es absolut unangebracht, daß GR. Lust vom Rednerpult aus Firmeninterventionen vorbringt. Er stellte fest, daß ein baureifes Projekt vorliegt, das auf Grund der eingelangten Entwürfe der Firmen erstellt wurde. Bei einem so großen Projekt könne man auch nicht immer nach der billigsten Firma greifen, sondern hier ist vor allem die Leistungsfähigkeit in Betracht zu ziehen.

Außerdem ist mit ein oder zwei Ausnahmen alles, was es an Fachexperten in Wien gibt, herangezogen worden, um das Projekt zu beurteilen. Schließlich ist es absolut notwendig, daß dieses große Projekt auch während des Baues überprüft wird.

Abschließend stellte Stadtrat Thaller fest, alle Mitglieder des Gemeinderates können dessen versichert sein, daß die Baudi-

reaktion und die Wasserwerke jede Sorgfalt anwenden werden, um dieses Projekt wieder zu einem Musterstück der Arbeit der Gemeindeverwaltung zu machen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Subvention für die Anschaffung von Zelten

Berichterstatter Stadtrat Resch (SPÖ) beantragte, dem Landesjugendreferat beim Stadtschulrat für Wien eine Subvention von 50.000 S zu gewähren, da sich nach der Auflösung des Jamboreos in Bad Ischl die Möglichkeit ergab, preiswert Großlagerzelte anzukaufen.

Weihnachtspaketaktion für die Kriegsgefangenen

Ferner beantragte der Referent die Gewährung einer Subvention in der Höhe von 50.000 S an die Wiener Kriegsgefangenenkommission, da beabsichtigt ist, eine Weihnachtspaketaktion für die Wiener Kriegsgefangenen durchzuführen. (Über die Durchführung dieser Aktion wird die "Rathaus-Korrespondenz" in den nächsten Tagen berichtet.)

GR.Dr. Soswinski (LBl.) bemängelte, daß das Budget für 1952 wiederum nicht zeitgerecht dem Finanzausschuß und dem Stadtsenat mindestens 6 Wochen vor Beginn des Verwaltungsjahres vorgelegt wurde. Es sei in Wien schon Übung geworden, daß diese Verfassungsbestimmung nicht eingehalten wird. Auch heuer werde die Parteipresse wieder wesentliche Bestandteile des Budgets veröffentlichen, bevor noch die Mitglieder des Gemeinderates über die Ansätze des Budgets informiert sind.

Berichterstatter Stadtrat Resch betont, er höre diese berechtigten Klage jedes Jahr. Der verfassungsmäßige Termin könnte aber nur dann eingehalten werden, wenn das Budget nicht Anfang August, sondern bereits im Mai und Juni erstellt würde. Die Gemeinde Wien sei auch deshalb nicht in der Lage, ihr Budget zeitgerecht zu erstellen, weil sie auf die Fertigstellung des Budgets des Bundes warten muß.

Das Budget für 1952 sei dem Finanzausschuß und Stadtsenat zeitgerecht zugeschickt worden, allerdings wird die Drucklegung der Beilagen erst am 10. Dezember beendet sein.

Die vom Referenten beantragten Subventionen werden vom Gemeinderat genehmigt.

Auf Antrag der GR. Hedwig Lehnert (SPÖ) wird die Baubewilligung für den Neubau eines Unterkunftsgebäudes für Gartenarbeiter in der öffentlichen Parkanlage, 20. Bezirk, Allerheiligenplatz, erteilt, ebenso auf Antrag des GR. Hans Weber (SPÖ) die Baubewilligung für den Neubau eines städtischen Kleinwohnungshauses auf der gemeindeeigenen Liegenschaft 25. Bezirk, Kaltenleutgeben, Flösselgasse, wo insgesamt 20 Wohnungen errichtet werden sollen.

Ein zwischen der Stadt Wien und der Allgemeinen Terrain Ges. m.b.H., abgeschlossener Tauschvertrag wird nach dem Bericht des GR. Pfösch (SPÖ) genehmigt.

Schließlich wird der vorgenehmigte Ankauf einer Liegenschaft in Leopoldau auf Grund des Referates der GR. Franziska Krämer (SPÖ) genehmigt. Durch diesen Ankauf ist es gelungen, einen geschlossenen Gemeindebesitz zu erreichen, der als Bauland Verwendung finden wird.

Damit war die Tagesordnung der Sitzung erledigt.

Hierauf erhielt GR. Lauscher (LBl.) zur Begründung der Dringlichkeit einer Anfrage, betreffend Bau und Errichtung militärischer Flugplätze in Wien durch die englische und amerikanische Besatzungsmacht, das Wort. Er betont, daß das Ergebnis einer von einem überparteilichen Komitee gegen die Errichtung eines Militärflugplatzes in Simmering durchgeführten Abstimmung eindeutig gezeigt habe, daß die überwältigende Mehrheit der Simmeringer Bevölkerung den Bau eines Militärflugplatzes auf Simmeringer Boden entschieden ablehne. Dieses Komitee habe die Fraktion des Linksblockes gebeten, dahin zu wirken, daß der Bürgermeister im Namen der Stadt Wien bei allen zuständigen Stellen der Regierung und der Alliierten die Forderung nach Einstellung des Baues dieses Militärflugplatzes in Simmering mit allem Nachdruck vertreten solle. Der Bürgermeister möge die Aktion des Komitees in Simmering in jeder Weise unterstützen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf die Zuerkennung der Dringlichkeit abgelehnt. Der Bürgermeister teilt mit, daß die Antwort auf die Anfrage auf schriftlichem Wege erfolgen werde.

GR.Hausner (LBl.) beantragt die dringliche Behandlung einer Anfrage des Linksblocks, betreffend Erhöhung der Mietzinse in den Gemeindebauten, GR.Dr.Soewinski (LBl.) verlangt die dringliche Behandlung für eine Anfrage, welche die Preistreiberei mit Schweinefleisch und Erdäpfeln behandelt.

Der Gemeinderat lehnt die Zuerkennung der Dringlichkeit für diese beiden Anfragen ab.

Schließlich verliert Schriftführer Vlach (ÖVP) drei dringliche Anfragen der Gemeinderäte Eleonore Hiltl und Genossen.

In der ersten Anfrage wird darauf hingewiesen, daß in der Volksschule in Wien 21., Leopoldauer Platz 77, durch den Schulwart im Schulgebäude an die Kinder Einladungen zum Besuch einer Veranstaltung der "Kinderfreunde" ausgeteilt wurden. Da in den Schulen jede Werbung für eine politische Partei und deren Veranstaltungen verboten sei, wäre der betreffende Schulwart zur Verantwortung zu ziehen.

In einer zweiten Anfrage wird der Stadtrat für das Wohlfahrtswesen gefragt, ob es ihm bekannt sei, daß laut einer Verfügung des Magistrates die Abgabe von Säuglingswäschepaketen an heimatvertriebene Volksdeutsche nur dann erfolgen dürfe, wenn sie eine Bestätigung der "Interessengemeinschaft der Volksdeutschen Heimatvertriebenen", einer Organisation der Sozialistischen Partei, erbringen. Auf eine Anfrage bei der Interessengemeinschaft, warum deren Bestätigung notwendig sei, sei die Antwort erteilt worden: "Da die Sozialistische Partei die Ausgabe von Säuglingswäschepaketen an Volksdeutsche Heimatvertriebene erwirkt habe, so sei es selbstverständlich, daß eine Bestätigung dieser Interessengemeinschaft auch zum Erhalt des Paketes beigebracht werden müsse." Die Antragsteller fordern die sofortige Zurückziehung dieser Weisung und die Ausgabe der Säuglingswäschepakete unter den gleichen Bedingungen, wie sie für Österreicherinnen gelten, auch an heimatvertriebene werdende Mütter.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem im August 1950 in Wien abgehaltenen Kongreß der Weltorganisation für die Erziehung von Kindern im vorschulpflichtigen Alter und erklärt, daß in dem Bericht über diesen Kongreß die Ausführungen des Unterrichtsministers und einer österreichischen Referentin nicht gebracht werden konnten, da trotz wiederholter Urgenz der Weltorganisation an das österreichische Nationalkomitee, dessen Präsident Herr Prof. Tosarek war, dieses die verlangten Referate nicht einsandte.

Bürgermeister Jonas gibt bekannt, daß die Beantwortung dieser Anfragen schriftlich erfolgen wird.

Unter den zahlreichen Geschäftsstücken, die ohne Debatte angenommen wurden, beschäftigte sich eines noch mit der Errichtung eines dritten Schulpavillons. Außer den beiden in Mödling, über die schon berichtet wurde, wird einer in Breitenfurt errichtet. Er soll zwei Klassen samt den erforderlichen Nebnräumen umfassen und auf vier Klassen ausbaufähig sein. In Breitenfurt herrscht ein besonders großer Mangel an Unterrichtsräumen. Zurzeit wird dort der Schulbetrieb in einem Privathaus abgehalten. In diesem Fall betragen die Kosten 530.000 Schilling.

In Wien 22., Groß-Enzersdorf, wird ein neuer städtischer Kindergarten errichtet. Er wird zwei Gruppenzimmer samt den dazugehörenden Garderoben und sanitären Einrichtungen, eine Kanzlei, einen Isolierraum und einen Küchenabstellraum enthalten. Außerdem sind ein Pritscheltisch, Brausen und eine Spielsandkiste vorgesehen. Das Objekt wird ein Holzbau auf einem Betonsockel sein. Die Wände werden außen verschalt und innen mit Heraklithplatten bekleidet. Das Dach wird mit Blech gedeckt. Zwischen beiden Gruppenzimmern ist eine überdeckte Terrasse angeordnet. Die Gesamtkosten werden auf 605.000 Schilling geschätzt.

Die Leistungsfähigkeit des bestehenden Wasserhebewerkes Wiener Berg soll bedeutend erhöht werden. Gleichzeitig wird es für die Verwendung als Drucksteigerungswerk umgestaltet. Die voraussichtlichen Kosten betragen 1,160.000 Schilling. Diese Maßnahme ist notwendig geworden, weil das sogenannte "Turmgebiet", das ist fast

der ganze 10. Bezirk, sowie die angrenzenden Teile des 11., 12. und 23. Bezirkes, bei steigendem Wasserverbrauch in zunehmendem Maße unter einem starken Druckabfall leiden, sodaß in den höher liegenden Gebieten zeitweise das Wasser nicht mehr in die oberen Stockwerke der Häuser steigt. Besonders bedrohlich ist der Umstand, daß unter diesen Verhältnissen der Zufluß zum Hebwerk auf dem Laaer Berg gänzlich ausbleiben kann und die Wohngebiete, Siedlungen und Industrien auf dem Laaer Berg stundenlang ohne Wasserversorgung bleiben würden.

Ehrenmedaille für verdiente Fürsorgeräte

Zu den wichtigsten Aufgaben der Gemeindeverwaltung gehört die soziale Fürsorge. Die Organe, die unmittelbar mit der Bevölkerung in Berührung treten, sind die Fürsorgeräte. Diese sind die Vertrauenspersonen sowohl der Behörde als auch der unterstützungsbedürftigen und hilfeschuchenden Bevölkerung. Sie erhalten für ihre caritative Tätigkeit keinerlei Entschädigung und arbeiten ehrenamtlich in ihrer Freizeit. Gerade in Notzeiten kommt dem Wirken der Fürsorgeräte eine besondere Bedeutung zu.

Der Wiener Gemeinderat hat daher heute beschlossen, 150 Fürsorgeamtsfunktionären und Fürsorgeräten in Würdigung ihrer 25-jährigen hingebungsvollen und aufopfernden Tätigkeit auf sozialem Gebiet die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien zu verleihen.

Schluß der Sitzung um 16.45 Uhr.

Sturm ohne nennenswerte Schäden

=====

30. November (Rath.Korr.) Der in der Nacht zum Freitag über Wien einsetzende Sturm hat in den Vormittagstunden noch zugenommen und erreichte zeitweise eine Geschwindigkeit bis zu 80 Kilometer. Schon um die Mittagszeit ist die Zahl der Ausfahrten bei der Feuerwehr der Stadt Wien auf 35 gestiegen. Die Hilfeleistungen galten zumeist losen Fensterflügeln, ungeworfenen Planken, hängenden Firmenschildern und abbröckelndem Mauerwerk. Personen kamen nirgends zu Schaden. Der städtische Rettungsdienst hat in Zusammenhang mit dem Sturm keine Ausfahrten verzeichnet.

Magistratsabteilung 53 aufgelöst
=====

30. November (Rath.Korr.) Infolge Auflösung der Magistratsabteilung 53, Siedlungs- und Kleingartenwesen und der damit verbundenen Übernahme der Siedlungs- und Kleingartenagenden durch die Magistratsabteilung 52, Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude; Siedlungs- und Kleingartenwesen, 1., Bartenstein-gasse 7, und der gartenfachlichen Agenden durch die Magistratsabteilung 42, Stadtgartenamt, 3., Am Heumarkt 2, wird der Parteienverkehr am 1. Dezember für die Magistratsabteilung 53, bisher 1., Dominikanerbastei 24, eingestellt. Es gelten bezüglich der angeführten Agenden ab 10. Dezember die Parteienverkehrszeiten der Magistratsabteilung 52 (Dienstag und Freitag) von 8 bis 12 Uhr bzw. der Magistratsabteilung 42 (Montag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag) von 8 bis 12 Uhr.